### STADT KARLSRUHE Stadtamt Durlach

### Niederschrift Nr. 8/2022

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am: Mittwoch, 14. September 2022

Beginn: 17:00 Uhr Ende: 19:46 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Festsaal in der Karlsburg

\_\_\_\_\_

#### Vorsitzender: 2. Stellvertretender Ortsvorsteher Michael Griener

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 16

Es waren anwesend:

CDU: OR Griener, OR Henkel, OR Kehrle, OR Müller, OR Miersch

B'90/Die Grünen: OR Elke Frey, OR Köster, OR Stolz,

**SPD:** OR Dr. Rausch, OR Oppelt, OR Siebach

**FDP:** OR Dr. Noé, OR Malisius **FW:** OR Wenzel, OR Yesil **DIE LINKE:** OR Frey

#### Es fehlten:

**a) entschuldigt:** OR Dr. Wagner, OR Dr. Klingert, OR Pötzsche, OR Isele, OR Bruker, OR Ruf

b) nicht entschuldigt: -

### Schriftführer:

Carlo Wurm (StaDu)

**Sonstige Verhandlungsteilnehmer:** Herr Abbas (Dez 3), Frau Bolz (Bäderbetriebe), Herr Vortisch (PR Durlach), Herr Backhhaus (AFA), Frau Hellich (Volkswohnung), Frau Kulik (Volkswohnung), Frau Kunter (StPIA).

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 02. September 2022, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 09. September 2022 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

Blatt 1

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** begrüßt die Anwesenden zur heutigen Ortschaftsrats-Sitzung. Er heiße Herrn Carlo Wurm, den neuen Koordinator der Geschäftsstelle des Ortschaftsrates willkommen. Entschuldigt seien heute OR Dr. Wagner, OR Dr. Klingert, OR Pötzsche, OR Isele, OR Bruker und OR Ruf.

Protokoll zu

TOP 1: Energiekrise 2022/2023 – Energetische Einsparungsoptionen in den Karlsruher Bädern

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft TOP 1, Energiekrise 2022/2023 – Energetische Einsparungsoptionen in den Karlsruher Bädern, auf. Er begrüßt Herrn Abbas (Dez. 3) und Frau Bolz (Bäderbetriebe) und erteilt Ihnen das Wort.

Herr Abbas (Dez. 3) bedankt sich für die Einladung und kündigt an, dieselbe Vorlage vorzustellen, die auch im kommenden Bäderausschuss behandelt werde. Die Bäderlandschaft in Karlsruhe sei bekanntlich gut aufgestellt. Seitens des Dezernats habe man immer versucht, so wirtschaftlich möglich zu handeln. Energiesparmaßnahmen hätten dazu beigetragen, den Stromverbrauch der Bäder zu senken. Schon in den Vorjahren seien allerdings die Energiepreise zu stark angestiegen, um das mit Sparmaßnahmen ausgleichen zu können. Steigende Energiepreise in Kombination mit einer hohen Inflationsrate hätten nun die Situation derart verschärft, dass man zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen sei, da die Kosten sonst viel zu stark steigen würden. Darüber hinaus werde man in einer anderen Vorlage sowohl dem Bäderausschuss wie auch den Aufsichtsräten vorschlagen, die Tarife zu erhöhen. Davon seien auch das Fächerbad und das Europabad betroffen. In der heutigen Vorlage gehe es allerdings darum die Maßnahmen, die man im laufenden Geschäft umsetzen könne, noch schneller umzusetzen. Die Bäder in Durlach seien von davon nicht stark betroffen. Im Falle einer Verschärfung der Energiekrise könne man gezwungen sein, Bäder vorübergehend zu schließen, was auch Durlach betreffen könne. Die Bäder würden dann in einen Stand-by-Modus versetzt, der eine Wiedereröffnung mit einem vertretbaren Aufwand ermögliche. Das beträfe das Adolf-Ehrmann-Bad in Neureut und das Hallenbad in Grötzingen. Da man das Schulschwimmen aufrechterhalten möchte. müssten das Fächerbad, das Europabad und das Weiherhofbad offenbleiben. Potentielle Bäderschließungen würden nur in Notsituationen, ähnlich der pandemiebedingten Schlie-Bungen, erfolgen. Ansonsten schlage man vor, die Freibadesaison zu verkürzen. Die Freibäder würden erst mit Beginn der Pfingstferien Ende Mai öffnen, was auch das Turmbergbad beträfe. Da der Mai laut Statistik ein Monat sei, in dem nur wenige Badegäste anwesend seien, gehe man von einer guten Verträglichkeit mit den Besuchern aus. Abhängig vom Wetter sei erst mit Beginn der Pfingstferien mit hohen Besucherzahlen zu rechnen. Seit der Sanierung sei das Turmbergbad das Freibad mit den höchsten Besucherzahlen in Karlsruhe. Im Weiherhofbad würde sich dagegen nichts ändern. Da der Bürgermeister und Herr Sternnagel auf Dienstreise seien, würden diese von Frau Bolz und ihm vertreten.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** bedankt sich für die Ausführungen. Die aktuelle Ausnahmesituation erfordere Maßnahmen. Diese müssten sowohl effektiv wie auch sozial verträglich ein. Sozialverträglichkeit heiße auch, das Schulschwimmen und Schwimmkurse der Vereine weiter zu ermöglichen. Zunächst frage er daher, ob auch das Vereinsschwimmen gesichert sei oder ob man allein auf das Schulschwimmen setze und den Schulen weite Wege zu den Schwerpunktbädern auferlege.

Protokoll zu

TOP 1: Energiekrise 2022/2023 – Energetische Einsparungsoptionen in den Karlsruher Bädern

Blatt 2

Die FDP und die FDP-Fraktion hätten bereits kritische Anmerkungen zum Sonnenbad gemacht. Daher frage er nun nach, ob die für die Beheizung des Sonnenbades genutzte Fernwärme bei einer Schließung wirkungslos verloren ginge. Außerdem wolle er nachfragen, wie die geplanten Preiserhöhungen konkret ausgestaltet werden sollen.

Herr Abbas (Dez. 3) antwortet, die Schwimmregion sei gemeinsam mit der DLRG der größte Kursanbieter. Kurse würden derzeit in allen Hallenbädern angeboten. Im Falle von Schließungen würde sich das Kursangebot verringern, allerdings verliefen die Kurse in Trimesterform. Im Adolf-Ehrmann-Bad und im Hallenbad Grötzingen ginge bei einer vorrübergehenden Schließung jeweils ein Kursblock verloren, was sich nicht andernorts auffangen ließe. Er weist darauf hin, dass aufgrund der geographischen Lage die entfallenden Kurse weitaus weniger ausgelastet seien als in den drei Schwerpunktbädern. Es sei darüber hinaus schwierig, Kursleiter für Kurse in Neureut und Grötzingen zu gewinnen. Nach seinem Kenntnisstand würde die eingesparte Fernwärme nicht verpuffen, sondern weiter genutzt werden.

In den städtischen Bädern plane man die Anhebung der Eintrittspreise um einen Euro. Aufgrund der hohen Energiepreise und der Inflationsrate sei dies aber nicht kostendeckend. Bis zum Beginn der Pandemie habe man eine gute Balance zwischen Attraktivität, Besucherzahl und Wirtschaftlichkeit halten können. Der Kostendeckungsgrad liege im Normalfall zwischen 40 und 50 Prozent. Man wolle diesen Wert wieder erreichen. Das Potential von Einsparmaßnahmen sei begrenzt, da bereits in den letzten Jahren viel in diesem Bereich getan worden sei. Daher sei eine Erhöhung der Eintrittspreise notwendig.

**Frau Bolz (BB)** ergänzt, zusätzlich zum Anstieg der Energiekosten seien die Betriebskosten auch in anderen Bereichen, wie bei Chemikalien und Verbrauchsmitteln angestiegen.

OR Elke Frey (B90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) betrachtet Bäderschließungen als schmerzhaften Einschnitt und hofft darauf, dass diese nur als letztes Mittel zum Einsatz kämen und in diesem Fall auf eine frühzeitige Einbeziehung der Öffentlichkeit geachtet werde. Ihre Fraktion trage die Entscheidungen mit und begrüße Umstellung auf Kaltwasser in Handwaschbecken und würden ebenfalls die Limitierung des Warmwassers unterstützen, was einen großen Aufwand bedeuten würde. Warmwasser-Duschpartys in Freibäder seien zu beobachten, da es hier einen sehr sorglosen Umgang mit Ressourcen gäbe. Ihre Fraktion würde sich diesbezüglich über Vorschläge freuen und hoffe darüber hinaus mit einem blauen Auge in der Energiekrise davon zu kommen.

OR Herbert Siebach (SPD-OR-Fraktion) fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass das Fächerbad bei einer Schließung der beiden Hallenbäder in Neureut und Grötzingen den

Protokoll zu

TOP 1: Energiekrise 2022/2023 – Energetische Einsparungsoptionen in den Karlsruher Bädern

Blatt 3

entfallenden Unterricht übernehmen könne. Zweitens wolle er wissen, wie die Schüler dorthin kämen und drittens ob das Weiherhofbad seine Angebote halten könne.

Herr Abbas (Dez. 3) antwortet, man sei sehr bestrebt, insbesondere das Kinderanfängerschwimmen zu stärken. Daher betreibe man das Programm SchwimmFix in Kooperation mit den Schulen. Ziel sei, dass jedes Kind, das eine Karlsruher Grundschule verlässt, schwimmen könne. Speziell ausgebildete Lehrassistenten unterstützten die Nichtschwimmerkinder im Rahmen des Schwimmunterrichtes. Außerdem habe man die Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule verstärkt, um mehr Studierende als Kursleiter oder Lehrassistenten gewinnen zu können.

Schulen, die durch die Schließungen der beiden Hallenbäder betroffen wären, würden gezielt unterstützt, in dem man Ihnen einen Schulbus zur Verfügung stelle. In diesem Falle würden voraussichtlich fünf Schulbusse benötigt. Man habe großes Interesse den Schwimmunterricht und das Programm SchwimmFix aufrechtzuerhalten.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) sichert vollstes Vertrauen in das Bäderamt zu. Auch wenn die aktuellen Maßnahmen schmerzhaft seien, könnten diese noch viel schmerzhafter sein. In seiner Haushaltsrede habe er bereits letztes Jahr darauf hingewiesen, dass man angesichts steigender Energiepreise nicht auf die Senkung der Wassertemperatur um ein Grad verzichten könne. Er sei dankbar, dass die Verwaltung moderate Maßnahmen ergreife und weitere Vorschläge zum Energiesparen mache. Da die Verwaltung zusichere, den Schulsport nicht darunter leiden zu lassen, könne man die Maßnahmen mittragen. Die weiteren Entwicklungen in der Energiekrise sind leider noch nicht abzusehen. Es liege in der Hand der großen Politik.

Herr Abbas (Dez. 3) fügt hinzu, man solle auch über langfristige Maßnahmen nachdenken. Das vom Gemeinderat verabschiedete Bäderkonzept sehe vor, das Turmbergbad zu einem Kombibad weiterzuentwickeln. Der Neubau eines Hallenbades sei ein technischer Quantensprung für die Energiebilanz, den die Nachrüstung eines Bades aus den 1970er Jahren nicht leisten könne. Dies sei auch sehr attraktiv. Starke Zahlen bei den Freibädern und den Hallenbädern würden aufzeigen, dass die Zukunft den Kombibädern gehöre. Dies könne daher auch die Wirtschaftlichkeit verbessern.

**OR Frey (Die Linke)** ergänzt, dass das Kombibad langfristig zu einer Schließung des Weiherhofbades führen würde. Allerdings erfüllten die kleinen Bäder eine sehr wichtige gesellschaftliche Funktion. Der Belegungsplan des Weiherhofes zeige eine gute Auslastung mit Schul- und Vereinsschwimmen.

Protokoll zu

TOP 1: Energiekrise 2022/2023 – Energetische Einsparungsoptionen in den Karlsruher Bädern

Blatt 4

Die kleinen Bäder ermöglichten dank ihrer geringen Eintrittspreise, dass regelmäßiges Schwimmen kein Luxus sei. Sie hoffe, dass das Turmbergbad nach voranschreiten des Projektes, diese Funktion auch weiterhin erfüllen könne. Außerdem stellt sie die Frage, welche Auswirkungen Bäderschließungen auf die Beschäftigungsverhältnisse der Mitarbeiter hätten.

**Herr Abbas (Dez. 3)** versichert, es gebe keine negativen Auswirkungen auf Beschäftigungsverhältnisse. Auch die Bäder seien von Fachkräftemangel betroffen und könnten auf keine Mitarbeiter verzichten.

Er sehe in einer Schließung des Weiherhofbades eine Verlagerung. Schulschwimmen und Kurse seien gewährleistet. Der aktuelle Standard solle gehalten und auf ein zeitgemäßes Niveau gebracht werden. Die drei Säulen Badebetrieb, Schulschwimmen und Vereinsschwimmen seien auch in Zukunft gewährleistet. Er gebe zu, die Verringerung der Wasserflächen sei eine Herausforderung, dennoch sei er zuversichtlich.

Im Hinblick auf die Preisstruktur sei es der Anspruch, auch in Zukunft allen Bürgern den Besuch der Bäder zu ermöglichen. Man werde daher den Karlsruher Pass und den Karlsruher Kinderpass beibehalten. Selbst andere Kommunen seien an diesen Modellen interessiert.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** betont, man habe es aktuell mit einer absoluten Ausnahmesituation zu tun. Das Kombibad werde das Gremium in naher Zukunft nicht beschäftigen und sei auch nicht Teil des heutigen Abends.

**OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion)** bedankt sich und ergänzt, dass die CDU-OR-Fraktion der Vorlage zustimmen werde, da die Maßnahmen vertretbar seien. Er regt an, dass von Seiten des Dezernats im Falle von Einschränkungen im Vereinssport darauf geachtet werde, dass die verfügbaren Wasserflächen gleichberechtigt an die Vereine verteilt würden.

**OR Oppelt (Fraktion-B90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** stellt die Frage, ob es nach wie vor möglich sei, im Grötzinger Hallenbad kostenlos zu schwimmen. Außerdem möchte sie wissen, welche Lösung es für einkommensschwache Besucher des Bades im Falle einer Schließung gebe.

Herr Abbas (Dez. 3) bestätigt, dass der Besuch des Grötzinger Hallenbades kostenlos sei und dass dies auch so bleiben solle. Er ergänzt, dass der Badebetrieb dort eingeschränkt sei und sich die Situation aufgrund der Öffnungszeiten nicht mit der im Weiherhofbad vergleichen lasse. Es sei der Anspruch der Karlsruher Bäderlandschaft, für jeden etwas anbieten zu wollen.

**Protokoll Seite 7** 

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2022, 17:00 Uhr

Protokoll zu

**TOP 1:** Energiekrise 2022/2023 – Energetische Einsparungsoptionen in den

Karlsruher Bädern

Blatt 5

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Ja-Stimmen: 16 Enthaltungen: 0 Nein-Stimmen: 0

Einstimmig zugestimmt

Protokoll zu

**TOP 2: Kriminalstatistik** 

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft TOP 2, Kriminalstatistik, auf. Er begrüßt den Leiter des Polizeireviers Durlach, Herrn Vortisch und bedankt sich bei Herrn Abbas und Frau Bolz.

Herr Vortisch (PR Durlach) bedankt sich für die Einladung und beginnt mit seiner Präsentation. Er werde mit der Situation in Baden-Württemberg starten, anschließend erst zum Zuständigkeitsbereich des Polizei Präsidiums Karlsruhe, dann zum Polizeirevier Durlach und schlussendlich zu den Teilorten übergehen. 2021 habe sich der Vorjahrestrend fortgesetzt. Landesweit wie auch im PP Karlsruhe sei die Kriminalität um zehn Prozent, in Durlach um sieben Prozent zurückgegangen. Die Rückgänge 2020 und 2021 seien zum Großteil auf die Einschränkungen des öffentlichen Lebens im Zuge der Corona-Pandemie zurückzuführen. Der Vergleich zwischen 2021 und 2022 sei valide, da die Einschränkungen in beiden Jahren vergleichbar wären. Die Aufklärungsquote liege landesweit im Schnitt bei über 60 Prozent und setze sich auch im Revier Durlach fort. Es gebe unterschiedliche Statistiken zu Durlach und Aue. In Durlach seien die Fallzahlen um vier Prozent gesunken, was 49 Fällen entspräche. In Durlach Aue habe es dagegen eine Zunahme von 19 Prozent gegeben, was 119 Fällen entspreche. Die Aufklärungsquote von über 60 Prozent für Durlach und noch 60 Prozent für Durlach-Aue sei sehr gut. Diebstähle, Vermögens und Fälschungsdelikte hätten daran den größten Anteil an den Straftaten. Hinter letzterem verberge sich Betrug und Urkundenfälschung. Die Verteilung entspräche der Verteilung im gesamten Stadtgebiet und dem Gebiet des PP Karlsruhe. In Durlach seien die Zahlen in drei Deliktsbereichen zurückgegangen und in vier Deliktsbereichen angestiegen. Straftaten gegen das Leben habe es glücklicherweise keine gegeben, Diebstähle sowie Vermögens- und Fälschungsdelikte seien deutlich zurückgegangen. Bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sei ein Anstieg um elf Fällen verzeichnet worden. Dahinter verberge sich sexuelle Belästigung, womit unsittliches Berühren gemeint sei. Sexueller Missbrauch von Kindern trete hauptsätzlich als Internetkriminalität in den sozialen Medien auf. Dabei handele es sich um das Austauschen oder einfordern von obszönen Bildern oder Bilder der Geschlechtsteile und die Verbreitung pornographischer Schriften. Rohheitsdelikte bilde den Komplex Körperverletzung bis hin zum Raub ab. Hier sei ein Anstieg von neun Fällen zu verzeichnen. Als Straftaten gegen die persönliche Freiheit, welche ebenfalls angestiegen seien, seien die Delikte Bedrohung, Nötigung und Nachstellung erfasst worden. Der dritte große Bereich, der unter Massenkriminalität falle, werde als sonstige Straftatbestände geführt. Dahinter verberge sich, grob gesagt, die Beleidigung und insbesondere die Sachbeschädigung. Meistens komme es zu Sachbeschädigungen an KFZ, wo es einen eklatanten Anstieg gebe. Ein weiterer Bereich, in dem es einen hohen Zustieg zu verzeichnen gebe, seien die strafrechtlichen Nebengesetze, wobei es sich hauptsächlich um Rauschgiftdelikte handele. Über diesen Anstieg freue man sich. Da es sich hier um Holkriminalität handele, werde man dieser Taten nur habhaft, wenn man einen hohen Kontroll- und Ermittlungsdruck aufbaue. Dies sei gelungen und spiegele sich in den Fallzahlen wieder.

Protokoll zu

**TOP 2: Kriminalstatistik** 

Blatt 2

Aus dem Bereich der Eigentumskriminalität greife er gerne den Wohnungseinbruchsdiebstahl auf, da er für die Betroffenen einen besonders schweren Eingriff in die Privat- und Intimsphäre darstelle und da Durlach davon besonders stark betroffen sei. Dies gelte nicht nur für das Stadtgebiet Durlach, sondern für den gesamten Revierbereich inklusive Pfinztal und der Bergdörfer. Umso mehr freue man sich, dass man bezogen auf Durlach einen schönen Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen habe. In Aue sei das nicht so.

Insgesamt gebe es 741 Taten in Aue, wobei auch hier das Phänomen der Massenkriminalität auffalle, genauer gesagt Diebstahl, Vermögens- und Fälschungsdelikte sowie sonstige Straftaten. Im Gegensatz zu Durlach nähmen Vermögen- und Fälschungsdelikte hier einen überproportional großen Anteil ein. Dieser Bereich sei auch am meisten verantwortlich für den Anstieg der Fallzahlen. Außer bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung stiegen die Zahlen in allen Bereichen an. Bezüglich einer Straftat gegen das Leben könne Entwarnung gegeben werden, da es sich um ein Versuchsdelikt handele. Das Opfer sei zwar nicht unerheblich verletzt worden, habe aber überlebt. Des Täters sei man habhaft geworden. Insgesamt habe es vier Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gegeben, wovon drei auf die Verbreitung pornographischer Inhalte entfielen und eine klassische Vergewaltigung im persönlichen Bereich stattgefunden habe. Rohheitsdelikte, insbesondere Straftaten gegen die persönliche Freiheit seien angestiegen. Vergleichbar mit Durlach sei es hier zu Bedrohung und Nötigung und in ganz wenigen Fällen zum Delikt der Nachstellung gekommen. Bei letzterem handele es sich um Stalking. Die Diebstähle seien stabil und um einen Fall angestiegen. Ärgerlich sei der dritte Balken Diebstähle aus KFZ. Hier handele es sich um einen einfachen Diebstahl bei dem das Auto nicht abgeschlossen gewesen sei. Dies hätte leicht verhindert werden können durch Abschließen des Autos.

Im Rahmen von Vermögens- und Fälschungsdelikten sei es zu Warenkreditbetrug und Betrug mittels rechtswidriger Erlangung der unbaren Zahlungsmittel gekommen. Beispielsweise fielen darunter der Diebstahl einer Scheckkarte und anschließendes Abheben des Geldes oder die Zahlung. Unter Warenkreditbetrug verstehe man zum Beispiel die Bestellung von Ware ohne anschließende Bezahlung oder umgekehrt, die Annahme einer Zahlung ohne anschließende Lieferung der Ware. Im Normalfall bilde die Statistik alle Straftaten ab, die in Durlach und Durlach-Aue passiert seien. Bei Waren- und Kreditbetrug handele es sich um eine Ausnahme, wenn nicht bekannt sei, wo sich der Tatort befinde. Der Tatort sei immer dort, wo der Betrüger sitze. Wenn der Tatort nun unbekannt sei, werde die Tat dem Wohnort des Opfers zugeordnet. In den konkreten Fällen sei es wahrscheinlich, dass die Täter oftmals nicht hier am Ort seien. In dieser Gruppe gebe es 88 Delikte, die am Anstieg der Gesamtzahl der Straftaten im Wesentlichen verantwortlich seien. Der folgende Bereich stelle wieder die sonstigen Straftaten dar. Ein Drittel davon entfalle auf die Sachbeschädigung an KFZ, der Rest Decke das gesamte Feld der Sachbeschädigung ab. Rauschgiftdelikte gebe es 16 mehr als im Vorjahr.

Protokoll zu

**TOP 2: Kriminalstatistik** 

Blatt 3

Wie in Durlach sei man hier sehr zufrieden, da sich die Wirkung des Fahndungs- und Kontrolldrucks zeige. Wohnungseinbrüche habe es wie 2020 elf gegeben. Im nächsten Jahr werde die Statistik diesbezüglich ganz anders aussehen. Im Frühjahr habe es in Durlachaue eine Einbruchsserie mit über 30 Wohnungseinbrüchen gegeben. Begonnen habe es im Januar. Zeitgleich hab es Meldungen über zwei Frauen gegeben, die sich verdächtig in Durlach-Aue aufgehalten hätten. Nach Häufung der Einbrüche und Meldungen sei es gelungen, zwei Täterinnen festzunehmen. Sieben oder acht Taten seien nachgewiesen worden. Die Täterinnen seien zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Seitdem hätten die Delikte abgerissen. Toll seien die frühzeitigen Hinweise aus der Bevölkerung gewesen. Allerdings mache man es den Tätern immer noch zu leicht. Mehrfamilienhäuser seien oftmals betroffen. Bei Klingeln werde von den Bewohnern oftmals leichtfertig die Türoffnungsanlage betätigt. Nur zugezogene Wohnungstüren seien keine Hinderungsgründe. Gekippte Fenster seien wie offene Fenster. Man appelliere, vorsichtig zu sein, mache Präventionsarbeit und plane einen gemeinsamen Behördentag mit dem Stadtamt Durlach, wo man auch mit dem Präventionsmobil unterwegs sei. Er bitte darum, das in Anspruch zu nehmen und Werbung dafür zu machen. Es habe auch missglückte Einbruchsversuche gegeben, die zu einer kaputten Haustüre geführt hätten. Dies sei aber bei Weitem nicht so schlimm, wie ein Eindringen in das Schlafzimmer.

Zu den Insgesamt 1900 Straftaten habe man etwa 1000 Tatverdächtige. Die Tatverdächtigen seien aber nicht zwangsläufig auch immer wohnhaft in Durlach. Sie seien zu einer Mehrheit männlich. Wie auch in Karlsruhe würden die Straftaten in Durlach überwiegend von Erwachsenen begangen. In Karlsruhe seien 45 Prozent der Täterinnen und Täter Nichtdeutsche, in Durlach lediglich 36 Prozent. Eine Unterteilung in Nationalitäten finde in der Statistik nicht statt.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für die Präsentation und die Arbeit Herrn Vortischs und seines Teams. Nach seinem Kenntnisstand habe es eine Reorganisation innerhalb der Revierzuständigkeiten in Karlsruhe gegeben und das Revier Durlach sei nun für die Oststadt mitzuständig. Er wolle wissen, ob das funktioniere und genug Ressourcen da seien. Abgesehen von harten Straftaten habe die Polizei auch eine moderierende Funktion. Im Schlosspark gebe es angesichts Jugendlicher, die dort Party machen, Beschwerden der Anwohner. Damit werde professionell umgegangen. Da er selbst eine Jugendliche zu Hausen sitzen habe, möchte er auch dafür danken. Außerdem möchte er als Apotheker zwei berufsbedingte Fragen stellen. Er möchte wissen, ob es Zahlen zu gefälschten Impfnachweisen gebe? Laut Fachpresse gebe es hier ein riesen Problem. Zweitens möchte er wissen, ob es sich bei den angeführten Rauschgiftdelikten um Cannabis oder um härtere Drogen, wie beispielsweise Opiate handele. Der Bund vertrete ja bezüglich Cannabis mittlerweile eine liberalere Haltung.

17:00 Uhr Protokoll zu

**TOP 2: Kriminalstatistik** 

Blatt 4

Herr Vortisch (PR Durlach) antwortet, dass er bezüglich der Zusammenlegung von Revieren bestätigen könne, dass man seit dem ersten Juli dieses Jahrs mit dem Revier Oststadt zusammengelegt sei und dessen gesamten Zuständigkeitsbereich mitübernommen habe. Das betreffe die Oststadt und Rintheim. Der eigene Bereich gehe vom Durlacher Tor über Durlach, Kleinsteinbach und die Bergdörfer. Man habe dies gemacht, um mehr Ressourcen zu bekommen. Beide Reviere seien nach heutigem Maßstab zu klein gewesenen. Am Standort Durlach habe man nach wie vor den Streifendienst und mittlerweile wieder seinen Ermittlungsdienst vor Ort Dieser sei bis zum ersten Juli in die Oststadt ausgelagert gewesen. Man habe nun deutlich mehr Streifen und der eigene Bereich sei größer geworden. Manche Anwohner des Reviers hätten auch bemerkt, dass man nun öfter mit Sondersignal losfahre. Die Maßnahme sei richtig gewesen und habe dazu geführt, dass man nun mehr Polizei auf die Straße bringen könne.

Zu den gefälschten Impfnachweisen könne er nichts Konkretes sagen. Die Fälle in Durlach seien nicht exorbitant gewesen. Das PP Karlsruhe habe dafür eine eigene Ermittlungsgruppe gegründet. Er werde nachsehen, ob er noch etwas nachliefern könne.

Bezüglich der BTM-Delikte sei Cannabis die Einstiegsdroge. An den bekannten Treffs der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nehme man regelmäßig im Rahmen einer Kontrolle einen fest. Im Zuge der Ermittlungen würden immer mal wieder auch härtere Drogen zu Tage gefördert. Allerdings könne man in Durlach und Durlach-Aue von einer Kifferszene sprechen. Eine harte Drogenszene gebe es nicht, zumindest sei keine bekannt.

**OR Siebach (SPD-OR-Fraktion)** bedankt sich für den Vortrag und die Arbeit. Es sei bereits in den letzten Jahren aufgefallen, dass die Zahlen in Aue in vielen Bereichen höher lägen. Er wolle wissen, ob es hierfür eine Erklärung gebe.

**Herr Vortisch (PR Durlach)** antwortet, dass ihm das auch schon aufgefallen sei, er aber keine Erklärung dafür habe. Gerade die hohe Zahl der Betrugsdelikte sei auffällig. Dies passe nicht in die Gesamtstatistik des Reviers Durlach, in der es einen Rückgang dieser Delikte gebe.

**OR Yesil (FW-OR-Fraktion)** bedankt sich für den Vortrag und die Arbeit. Erstens wolle sie wissen, was genau nichtdeutsche Tatverdächtige seien. Seien dies Deutsche mit Migrationshintergrund oder wirklich Nichtdeutsche? Zweitens sehe sie die Sicherheit durch das Energiesparen gefährdet und wolle wissen, ob es hierfür Konzepte wie beispielsweise mehr Streifen gebe.

**Herr Vortisch (PR Durlach)** antwortet, dass jeder mit deutschem Pass auch als Deutscher geführt werde. Ein möglicher Migrationshintergrund spiele dabei keine Rolle.

17:00 Uhr Protokoll zu

**TOP 2: Kriminalstatistik** 

Blatt 5

Bezüglich der Sicherheitsbedenken aufgrund von Energiesparmaßnahmen gebe es noch keine Konzepte. Sollte es tatsächlich dazu kommen, dass die Straßenbeleuchtung abgestellt werde, müsste man sich präsidiumweit darauf einstellen mittels zielgerichteter Streifentätigkeit dort, wo Angsträume entstehen könnten.

OR Elke Frey (B90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich im Namen Ihrer Fraktion. Sie habe eine Frage zum hintersten Balken auf der Folie "Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung", und wolle wissen ob die deutliche Zunahme bei der Verbreitung pornographischer Schriften mit den großen Fällen Wermelskirchen und Münster zusammenhingen oder dies Einzelstraftaten seien. Auch beim sexuellen Missbrauch von Kindern gebe es eine Steigerung. Da es nur einen Fall mehr gegeben habe, sei die Zahl noch niedrig, wenn man wisse wie hoch die Dunkelziffer sein müsse. Trotzdem wolle Sie wissen, was in diesem Bereich getan werde, wie aufgeklärt werde und welche Hilfsangebote es für betroffene Kinder und Jugendlichen gebe. Sie wolle außerdem wissen, ob es sich bei der sexuellen Belästigung um Frauen und Männer oder eben auch um Kinder und Jugendliche handele. Hier gebe es eine Steigerung um das Doppelte, daher wolle Sie wissen, ob dies nun deutlicher und schneller zur Anzeige gebracht werde.

**Herr Vortisch (PR Durlach)** antwortet, dass es das Delikt der sexuellen Belästigung erst seit 2017 gebe. Damals sei das unsittliche Anfassen erstmals als Straftat dargestellt worden. Bis dahin habe man immer die Krücke über Beleidigung, versuchte Körperverletzung oder andere machen müssen. Seitdem trete es stärker in der Statistik in Erscheinung und werde auch häufiger zur Anzeige gebracht.

Bezüglich der Verbreitung pornographischer Schriften und des sexuellen Missbrauchs könne er leider keine genaueren Auskünfte geben, da die Delikte von der Kriminalpolizei bearbeitet würden. Es sei ihm allerdings nicht bekannt, dass im Rahmen der von OR Elke Frey angesprochenen Serien Ermittlungsverfahren in Durlach stattgefunden hätten. Er habe nur die Zahlen aus der Statistik, da die Sachbearbeitung über die Kriminalpolizei laufe.

**OR Frey (Die Linke)** bedankt sich. Die Delikte seien kategorisiert. Neben der Art des Deliktes gebe es aber auch eine Einschätzung, ob es sich um eine politisch motivierte Straftat handele. Sie wolle wissen, ob dies erfasst werde und ob es dazu Zahlen gebe.

Herr Vortisch (PR Durlach) antwortet, man unterscheide hier. Allerdings habe es keine Zahlen in der Höhe gegeben, dass er sie habe vorstellen müssen. Es gebe das Kriterium bei der Körperverletzung und der Sachbeschädigung. Er müsse nachschauen, ob es das gegeben habe. Diesbezüglich sei aus der Statistik nichts Auffälliges ins Auge gesprungen.

**Protokoll Seite 13** 

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2022, 17:00 Uhr

Protokoll zu

**TOP 2: Kriminalstatistik** 

Blatt 6

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bedankt sich im Namen des Gremiums und des Stadtamtes bei Herrn Vortisch, seinen Kolleginnen und Kollegen.

Protokoll zu

**TOP 3: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft** 

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft, TOP 3 Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft auf. Er begrüßt Herrn Backhaus.

Herr Backhaus (AFA) startet die Präsentation, begrüßt die Anwesenden und bedankt sich. Auf der Agenda stünden die Neuigkeiten zum Anlagenverbund Ost, ehemalige Deponie Ost, Infos zur Entsorgungslogistik, Infos zur Stadtreinigung, Infos zur Öffentlichkeitsarbeit und Infos zur stationären Anlagentechnik.

In Zusammenhang der Erarbeitung der Planunterlagen für den Genehmigungsantrag der geplanten Deponieabdichtung seien Überlegungen des Landesumweltministeriums zum Bau von Photovoltaikanlagen berücksichtigt worden. Das Umweltministerium habe die LUBW (prüfen) entsprechend beauftragt, eine Potentialanalyse zu erstellen, welche der stillgelegten Deponien in Baden-Württemberg Möglichkeiten bieten, Photovoltaikanlagen entsprechen zu erstellen. Die Potentialanalyse sei mittlerweile veröffentlicht und zeige auf, dass circa 35.000 Haushalte beliefert werden könnten. Durch die Analyse habe sich die Antragsstellung des AFA, die für September oder Oktober angesetzt war, verschoben. Die Anschließende Ausschreibung von Baumaßnahmen habe ebenfalls Einfluss, weswegen diese Sachen erst zum Jahreswechsel erledigt werden könnten.

Aus der Baustelle Kriegsstraßentunnel seien circa 40.000 m³ Erdaushub seitens der KASIG angeliefert worden. Teile von diesen 40.000 m³ seien allerdings nur zwischengelagert worden.

Er leitet über zur Entsorgungslogistik und verweist auf das Balkendiagramm in der Präsentation. Bei der Zahl der Mülltonnen gebe es zum Vorjahr kaum Veränderungen. Man habe circa 1000 Tonnen Biomüll mehr erfasst, was ein positiver Effekt sei. Bei Restmüll, Wertstoffen und Papier sei man auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr.

Er möchte außerdem auf die weitere Entwicklung der Wertstofferfassung eingehen. Die Betreiber dualer Systeme seien dafür zuständig, das Verpackungsgesetz umzusetzen. Hier gehe es um die Leichtverpackungen, die in Wertstofftonnen entsorgt werden. Leider gebe es keine kommunale Zuständigkeit. Zum Jahresende wolle man dem Karlsruher Gemeinderat eine Strategie und eine Abstimmungsvereinbarung vorlegen. Darin solle die gemischte Wertstofftonne vereinbart werden, unter der man die gemeinsame Erfassung von Leichtverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen verstehe, wie beispielsweise kaputten PVC-Wäschekörben. Letzterer könnten ebenfalls offiziell über die Karlsruher Wertstofftonne entsorgt werden. Dies falle in den kommunalen Bereich und werde den Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin ermöglicht. Heute sei die Sortieranalyse gemeinsam mit den Betreibern dualer Systeme gestartet worden. Überall in der Stadt gebe es Probeentnahmen durch ein beauftragtes Unternehmen, dass die Anteile der einzelnen Abfallfraktionen erfasse. Die Ergebnisse sollten noch im Oktober vorliegen und dienten dann als Basis einer städtische Kostenschätzung für die Weiterführung der gemischten Wertstofftonne.

**TOP 3: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft** 

Blatt 2

Er fährt fort mit dem Thema Stadtreinigung und betont die gute Zusammenarbeit zwischen dem Reinigungstrupp am Zwinger und der Ortsverwaltung. Hier seien Reinigungsleistungen in guter Qualität erbracht worden. Über die Reinigung von Wegen und Plätzen habe man das Radwegenetz ganzjährig befahrbar gehalten, Parkplätze gereinigt, öffentliche Abfallbehälter geleert. Insgesamt steuere man auch die Leerungen, die durch das Gartenbauamt und die Verkehrsbetriebe durchgeführt würden. Die Wildkrautbeseitigung sei ein wichtiges Thema, bei dem man auf die Beteiligung der Eigentümerinnen und Eigentümer im Rahmen der Anliegerverpflichtung angewiesen sei. Dies sei insbesondere für mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger wichtig. Die Entfernung von Farbschmiererei laufe innerhalb eines auf zwei Jahre befristeten Projektes. Hier müsse die Weiterfinanzierung geregelt werden. Die Reinigung von Glascontainerstandplätzen sei ebenfalls wichtig. Ingenieurbauwerken müssten oftmals aufwändig, händisch gereinigt werden. Die Reinigung nach Sperrmüllabholung habe sehr zugenommen, weil sehr viel auf die Straße gestellt werde, was nicht unter die Kategorie Sperrmüll falle und Kosten verursache. Für die Laub- und Christbaumsammlung biete man Laubsäcke aus Papier an. Weiterhin könnten alle Bürgerinnen und Bürger Verschmutzungen unter der Nummer 115 melden. Leider komme es hier zu Wartezeiten. Daher gebe es auch die Feedback-App. Innerhalb von 24 Stunden versuche man es dan zu bearbeiten.

Die Zusammenarbeit mit der Stadtreinigung in Durlach sei sehr gut. Nach dem diesjährigen Altstadtfest habe die Sauberkeit schnell wiederhergestellt werden können. Die moderate Aufstockung der personellen Ressourcen habe sich ausgezahlt.

Eine saubere Stadt ohne Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger sei nicht denkbar. Daher setzte man auf Öffentlichkeitsarbeit. Die Karlsruher Dreck-weg-Wochen hätten im Frühjahr wieder mit guter Beteiligung stattfinden können. Zusätzlich hab es den Dreck-weg-Tag auf dem Fest am 24. Juli mit eigenem Informationsstand für die Besucher gegeben. Man habe am Rhine Cleanup teilgenommen, was auf europäischer Ebene initiiert werde. Ein besonderes Thema sei hier das aufsammeln von Zigarettenkippen gewesen. Darüber hinaus seien verschiedene Kommunikationsmaßnahmen, wie Anzeigen oder Plakate zu nennen. Nach wie vor gebe es unter anderem vom SWR, Baden TV und den Zeitungen viele Medienanfragen. Herrn Wenzel dürfe es freuen, dass man die Cartoon-Motive aufgegeben habe und mittlerweile auf reale Menschen setzte. Beispielsweise informiere man darüber, dass Pappkartons vor dem Entsorgen in der Tonne zerkleinert werden sollten, oder dass Laub in den Papiersack solle. Man nutze auch digitale Medien, wobei sich die Ansprache über Social Media noch schwierig und kostenintensiv gestalte. Dennoch werde man diese Kanäle in Zukunft adäguat bedienen müssen. Außerdem seien Anzeigen und Begleittexte in den Karlsruher Bürgerblättern zu nennen. Man biete Beratungsangebote für verschiedene Zielgruppen. Für Kinder und Jugendliche gebe es das Tablet-Spiel "Die Müll-AG". Kindergärten werde ein Malbuch angeboten. Im Rahmen des jährlichen Malwettbewerbs erhalte man viele Einsendungen. Fremdsprachige Informationsangebote habe man breit gefächert. Mittlerweile gebe es auch wieder Führungen über die Wertstoffstationen.

TOP 3: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft

Blatt 3

Man arbeite an der Umwandlung in einen Eigenbetrieb. Aus dem Amt werde ab dem 01.01.2023 der Eigenbetrieb Team sauberes Karlsruhe. Gemeinsam mit den Mitarbeitenden sowie den Bürgerinnen Bürgern habe man mit Hilfe der Bonner Agentur Kreativ Konzept den Namen entwickelt. Die Agentur hab ein Logo entworfen, dass die Karlsruher Pyramide aufgreife.

In der stationären Anlage in der Maybachstraße werde in diesem Monat das bargeldlose Bezahlen eingeführt. Dies sei Corona konform und beguemer. Bis dato würden nur 20 Prozent der Zahlungen ohne Bargeld abgewickelt. Das wolle man steigern.

Nach wie vor baue man die Wertstoffstation in der Rudolf-Link-Straße auf der Gemarkung Wettersbach. Da die alte Station einem Supermarkt weichen müsse, werde sie gemeinsam mit dem Bauhof der Ortsverwaltung in das Gewerbegebiet Winterrot verlegt. Die Baumaßnahmen hätten dieses Jahr gestartet. Man wolle im Frühjahr oder Sommer 2023 Richtfest feiern. Dies hänge aber auch von den beauftragten Baufirmen ab. Es gebe kleine Stockungen bei der Lieferung von bestimmten Teilen. In den Kompostieranlagen in Knielingen und Grötzingen habe man insgesamt eine Anlieferungsgröße von 28 000 t im Jahr. Man biete den Bürgerinnen und Bürgern nur Kompost mit RAL-Gütezeichen an. Dabei handele es sich um einen hochwertigen Kompost, der die Kriterien der Bundesgütegemeinschaft Kompost erfülle. Der Kompost könne kostenfrei abgeholt werden. Au-Berdem werde Blumenerde an den Stationen verkauft. In Grötzingen gebe es endlich wieder einen eigenen Häcksler. Vor mehreren Jahren sei aufgrund von Sparmaßnahmen auf den Weiterbetrieb des alten Häckslers verzichtet worden. Es sei nur ein Häcksler bestehen geblieben, der widerholt zwischen Knielingen und Grötzingen umgesetzt worden sei. Dies habe der Technik geschadet und die beabsichtigten Einsparungen nicht erbracht. Daher sei nun ein neuer Häcksler angeschafft worden. Aufgrund von Beschädigungen sei in Grötzingen außerdem ein Stauraumkanal erneuert worden.

**OR Malisius (FDP-OR-Fraktion)** bedankt sich und merkt an, dass die Mitarbeiter am Zwinger Durlach sauberer machten. Diese Entscheidung habe sich bewährt. Er habe eine Frage zur Rekultivierung der Durlacher Mülldeponie. Schon vor Jahren sei eine Fremdfirma beauftragt worden, dafür ein Konzept zu entwerfen. Bisher sei nicht sichtbares passiert. Es scheine, als wäre umsonst ein Zaun zur Umsiedlung der Eidechsen gebaut worden. Er wolle wissen, wann mit der Rekultivierung begonnen werde.

Herr Backhaus (AFA) antwortet, dass es Jahrzehnte dauere eine Deponie zu rekultivieren. Der Rückbau der Deponien in Deutschland sei auf 50 Jahre kalkuliert worden. Tierund Naturschutz spiele eine sehr große Rolle. Ein Bau könne erst beginnen sobald man nachweisen könne, schützenswerte Tiere, wie in diesem Falle Eidechsen, umgesiedelt zu haben. Der schwarze Plastikzaun werde auf einer Ausweichstelle aufgestellt. Erst wenn dort alle Tiere raus seien, könne mit der eigentlichen Umsiedlung der Eidechsen aus dem Deponiekörper begonnen werden.

**TOP 3: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft** 

Blatt 4

Im Rahmen dieses Prozesses werde immer wieder überprüft, ob sich die Population drastisch reduziert habe. Sollte dies nicht der Fall sein, beginne der Prozess wieder von Neuem. Diese Situation habe man aktuell auf der Deponie. Glücklicherweise seien die Eidechsen die einzigen Tiere die dort umgesiedelt werden müssten. Es gebe zwar in der Nähe eine Fledermauspopulation, diese müsse aber aus verschiedenen Gründen nicht umgesiedelt werden. Mehrere Ingenieursbüros seien an dem Rekultivierungsprozess beteiligt. Dieser sei langwierig, daher brauche man Geduld.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** bittet Herrn Backhaus, seine Antworten kürzer zu fassen.

OR Köster (B90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich bei Herrn Backhaus. Er wolle die Initiative für die PV-Anlage loben. 35.000 Haushalte seien weit mehr, als Durlach habe. Man werde im Karlsruher Osten sozusagen auf einen Schlag klimaneutral, wenn sich das Projekt realisieren lasse. Er wolle wissen wie lange die Realisierung dauern würde. Außerdem fragt er, wann der Prozess bezüglich der stoffgleichen Nichtverpackungen abgeschlossen sein werde. Es sei vernünftig, dass nicht jeder diese selbst zur Deponie bringen müsse. Seit vor Jahren die Grünabfallsammlung im Frühjahr eingestellt worden sei, seien jedes Jahr zehntausende PKW statt ein bis zwei kleiner LKWs unterwegs zu den Deponien. Laut Folie würden dort 28.000 t angeliefert. Vieles davon komme von Privathaushalten, die mit dem Auto anliefern würden. Dies sie aus Gesichtspunkten des Klimaschutzes nicht wünschenswert. Dagegen sei die Möglichkeit, Holzabfälle über die Biotonne entsorgen zu können, ein echter Fortschritt.

Herr Backhaus (AFA) antwortet, dass die Zahl der 35.000 Haushalte sich leider auf ganz Baden-Württemberg beziehe. Die PV-Anlage könne erst installiert werden, wenn man im letzten Bauabschnitt sei. Dennoch sei es ein großer Vorteil, dass das Ziel, später dort PV zu installieren, schon jetzt in die Planungen miteinfließe. Er könne keinen genauen Zeitpunkt nennen. Es könne zehn bis 15 Jahre dauern, bis PV dort installiert werden könne. Die stoffgleichen Nichtverpackungen lägen in kommunaler Hand. Es stelle ein Problem dar, dass jährlich pro Haushalt acht bis neun kg davon anfallen. Er halte es für nicht realistisch, dass aufgrund dieser geringen Menge Mülltourismus entstehe. Es werde kein Problem darin gesehen, dass man jahrelang den eigenen Keller mit Tonnen von Sperrmüll vollstelle. Acht bis neun kg für eine Zeit lang in den Keller zu stellen und bei einer sowieso geplanten Fahrt zum Wertstoffhof mitzunehmen, halte er für unproblematisch. Die sei die wirtschaftlichste Variante. Falls ein Holservice gewünscht werde, müsse dieser eingepreist werden. Man müsse zunächst die schwierigen Verhandlungen mit den dualen Systemen, insgesamt zwölf Unternehmen, abwarten. Selbst der Oberbürgermeister und Frau Lisbach hätten bereits Einzelgespräche geführt. Er könne dazu nicht viel sagen. Sowohl die Stadt wie auch die dualen Systeme hätten 50 Prozent Entscheidungskraft.

Protokoll zu

**TOP 3: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft** 

Blatt 5

Dies sei ein Nachteil des Verpackungsgesetzes. Früher unter der Verpackungsverordnung habe die Kommune mehr Entscheidungskraft in solch wichtigen Dingen gehabt.

**OR Siebach (SPD-OR-Fraktion)** fragt, ob es Statistiken zur Mülltrennungsdisziplin der Bürger gebe.

Es werde immer wieder diskutiert, dass die Anzahl der Müllbehälter zu niedrig sei. In manchen Städten gebe es für Pizza-Kartons passend dimensionierte Behälter. Andere Städte wiederum hätten Vereinbarungen mit den Pizzerien zur Rücknahme der Behältnisse getroffen. Er wolle wissen, ob über solche Maßnahmen nachgedacht werde.

Herr Backhaus (AFA) antwortet, dies könne nur die unter Abfallbehörde oder das Ordnungsamt regeln. Als öffentlich-rechtlicher Versorgungsträger sei man dazu nicht befugt. Es sei schwer Angaben zur Mülltrennungsdisziplin zu machen, da nicht der Mieter, sondern der Eigentümer Anschlussnehmer und damit auch der Gebührenschuldner sei. Je nach Eigentümer gäbe es mal zwei, mal 100 Mietparteien. Durch die Sortieranalyse in der Wertstofftonne könne zumindest passiv analysiert. Leider sei diese Tonne vergleichsweise schlecht sortiert.

Öffentliche Abfallbehälter müssten gelehrt werden. Mehr Behälter führten zu höheren Leerungskosten. Die Kosten würden anders als in anderen Bundesländern durch den städtischen Haushalt getragen und nicht über Gebühren finanziert. Die Behälter seien auch nur ein Angebot. Es käme auf die Bereitschaft an, sie auch zu nutzen. Darauf versuche man, mit Öffentlichkeitsarbeit aufmerksam zu machen.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) merkt an, dass ihm die Werbung nun besser gefalle. Er bringe zwei Fragen aus seiner Bürgersprechstunde mit. Vor dem ersten Mai hingen jährlich Plakate auf Grundstücken und öffentlichen Zählkästen. Diese könne man über die Nummer 115 melden und entfernen lassen. Er wolle nun wissen, ob die Entsorgung von der Allgemeinheit finanziert werde oder ob die Verursacher ermittelt und dafür herangezogen würden. Ein sieben jähriges Mädchen habe außerdem gefragt, was mit den Masken nach dem Wegwerfen passiere. Er wolle wissen ob es sich hierbei um Sondermüll handele.

**Herr Backhaus (AFA)** antwortet, dass bei politischen Wahlen das Verursacherprinzip gelte. Die Parteien und Vereinigungen seien dafür verantwortlich, die Plakate wieder zu entfernen. Man entferne nur Plakate, die den Verkehr negativ beeinflussten.

Er könne nicht beantworten, ob Masken Sondermüll seien. Da sie potentiell infektiös sein könnten, kämen sie in die Abfallverbrennungsanlage.

**TOP 3: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft** 

Blatt 6

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) stellt fest, dass es dieses Jahr drei Kampagnen gebe. Darunter sei der Greif als Comic, dann die Kampagne mit den echten Leuten und schließlich die neue Kampagne für 2023. Ihm gefalle das Design der neuen Kampagne sehr gut. In Karlsruhe gebe es Agenturen, die es ebenfalls gut hinbekommen hätten. Nichtsdestotrotz werde das Amt wohl gute Gründe gehabt haben, sich für eine Bonner Agentur zu entscheiden. Er möchte noch einen Tipp zum Thema Social Media geben. Azubis eigneten sich gut dafür. Dies sei kostengünstig, nicht aufwendig und eine super Form der Mitarbeiterbeteiligung. Sollte dies nicht funktionieren, gebe es hier in Durlach ein funktionierendes Tool. Schülerinnen und Schüler des Markgrafengymnasiums machten Projekte mit verschiedenen Ämtern. Er sei sich sicher, das AFA bekäme von den Schülern eine super Projektkampagne für Social Media.

**OR Malisius (FDP-OR-Fraktion)** fragt, was in Zukunft mit der Biomüllvergärungsanlage passiere und ob dort nun endlich ein Rückbau geplant sei.

Herr Backhaus (AFA) antwortet, dass trotz mehrerer Ausschreibungen immer noch nicht genügend ingenieurtechnische Ressourcen für die Vergärungsanlage zur Verfügung stünden. Qualifizierten Nachwuchs zu finden, sei schwierig. Die Bezahlung sei nicht attraktiv für Fachleute. Man habe nun einen jungen Ingenieur als Trainee eingestellt, der nach seiner Einarbeitung den Rückbau in Eigenregie übernehmen solle. Zudem seien noch einige offene Fragen zu klären. Diese Prozesse verliefen zäh, daher werde es keinen schnellen Rückbau geben.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und dankt Herrn Backhhaus.

Protokoll zu

TOP 4: Weiteres Vorgehen Sanierungsgebiete unter Berücksichtigung der Ressourcen

hier: Antrag für das Sanierungsgebiet "Stadteingang Durlach"

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft, TOP 4 Weiteres Vorgehen Sanierungsgebiete unter Berücksichtigung der Ressourcen, auf. Aufgrund von Befangenheit nimmt OR Dr. Noé im Publikum Platz. Die Verwaltung habe den Ortschaftsrat gebeten, das Projekt aufgrund von Geld- und Personalmangel für zwei Jahre zurückzustellen. Die Frage sei nun, ob man die Kröte schlucken oder auf der Sanierung beharren wolle.

**OR Henkel (CDU-OR-Fraktion)** äußert Ihre Ablehnung gegenüber der Vorlage. Sie habe den Eindruck, dass Durlach am Rande der Stadt stehe. Vor über zehn Jahren habe es aus allen heute anwesenden Fraktionen – bis auf zwei – mehrfach Anträge gegeben den Stadteingang moderater zu gestalten. Es habe Kunstausschreibungen der Friedrich-Realschule gegeben, bis hin zu P90. Damals habe man Begehungen gemeinsam mit einer Firma gemacht. Es habe Bürgerbeteiligung und Workshops gegeben. Man habe Dinge auf den Weg gebracht und den Bürgern eine Erwartungshaltung mitgegeben. Dies solle nun ein weiteres Mal verschoben werden. Einstimmig habe man hier im Haus den geforderten Antrag angenommen, auf 2022 zu verschieben, mit der Maßgabe, dass es dann auch weitergehe. Ihre Fraktion werde es diesmal nicht hinnehmen. Man habe in Durlach große Projekte wie die Altstadtsicherung, die Hub und viele andere Dinge. Das Sanierungsgebiet Durlach-Aue habe man auf den Weg gebracht, was aber auch fast 20 Jahre gedauert habe. Dies sei immer mit unzureichenden Personalressourcen begründet worden. Eine Stadt wie Karlsruhe, ein guter und privilegierter Arbeitgeber könne ihr nicht weiß machen, dass immer Dinge mit Personalressourcen belegt seien. Deswegen wolle man nicht einmal einen Antrag auf Aufnahme in den Sanierungsförderungsbereich stellen. Ihre Fraktion lehne den Beschlussantrag ab und hoffe auf ein gemeinsames Signal aus dem Haus.

**OR Elke Frey (B90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** sieht die Vorlage kritisch. Die vorangegangene Verschiebung um ein Jahr aufgrund der Pandemie und knapper Ressourcen sehe Sie unproblematisch. Man habe wenig Einblick in die Personalressourcen der zuständigen städtischen Ämter und wolle sich diesbezüglich kein Urteil erlauben. Eine Verschiebung um zwei Jahre wolle sie nicht, da bereits durch Bürgerbeteiligung eine Erwartungshaltung erzeugt worden sei. Ihre Fraktion stimme ohne Fraktionszwang ab. Sie selbst werde gegen die Vorlage stimmen.

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion)** sagt, er sehe es genauso. Da man als Ortschaftsratsmitglied seinem Gewissen unterworfen sei, müsse man die Vorlage ablehnen. Vor fast zehn Jahren habe seine Fraktion in einer Ortschaftsratssitzung darauf hingewiesen, dass der Stadteingang die Voraussetzung für die Landesförderung erfülle. In dieser Sitzung habe ein Vertreter der Stadtverwaltung entgegnet, man solle langsam machen. Dafür habe er kein Verständnis.

Protokoll zu

TOP 4: Weiteres Vorgehen Sanierungsgebiete unter Berücksichtigung der Ressourcen

hier: Antrag für das Sanierungsgebiet "Stadteingang Durlach"

Blatt 2

Die aktuelle Vorlage sei ein schriftlicher Beweis der Benachteiligung Durlachs seitens der Stadt Karlsruhe. Eine Verschiebung bedeute außerdem eine Erhöhung der Kosten. Im Zuge der Sanierung seien Investitionen in das Stadtbild getätigt worden. Man habe die Maßnahmen begrüßt und mitgetragen. Wenn man nun verschiebe gefährde man die Bezuschussung des Landes und die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen. Seine Fraktion und andere Fraktionen hätten eine zweistellige Zahl von Anträgen gestellt, die sich mit diesem Thema befassen. Deswegen werte er die Vorlage als Geringschätzung der Arbeit des Ortschaftsrates. Man gewinne den Eindruck, dass in diesem Dezernat die Koordination, Aufgabenverteilung und Effektivität des behördlichen Handelns nicht funktionierten. Solle es jetzt aus personellen Gründen nicht gehen, habe er Zweifel, dass es in zwei Jahren gehen werde. Dan müsse man outsourcen, was in vielen Bereichen bereits gut funktioniert habe. Es gebe namenhafte Planungs- und Ingenieursbüros, die dies mit großer Motivation übernehmen würden. Die Hinauszögerung der dringlichsten Aufgaben Durlachs, ähnlich wie im Falle der Festhalle, werde man nicht mitmachen und daher diese Vorlage ablehnen.

**OR Frey (Die Linke)** weist daraufhin, dass der Antrag frech sei. Man solle nun eine Empfehlung beschließen, den eigenen vor eineinhalb Jahren gestellten Antrag, auf Sanierungsgebiet im Stadteingang, um weitere zwei Jahre zu verschieben. Dies sei großer Quatsch. Ein Verzicht auf die Förderung des Landes und ohne diese dann, dringend notwendige Maßnahmen vorzunehmen, sei eine finanzielle Mehrbelastung des Stadtamtes und der Karlsruher Ämter. Es entstehe ein Sanierungsstau, den man später nicht wieder auffangen könne. Durch eine Verschiebung würden sich im Rest der Stadt weitere Sanierungsbedarfe in anderen Stadtteilen aufstauen, worauf diese dann ebenfalls Sanierungsanträge stellen würden. So entstehe eine Konkurrenzsituation zwischen den Stadtteilen um Landesgelder. Die Verschiebung löse dementsprechend auch nicht die Probleme des Stadtplanungsamtes, dass es dann mit einem Sanierungsstau zu tun haben werde. Im Interesse Durlachs, des Stadtplanungsamtes und der Gesamtstadt sollte eine Lösung gefunden werden, damit der Antrag doch noch gestellt werden könne. Die Debatte sollte sich darauf fokussieren, ob die personellen Ressourcen im Stadtplanungsamt doch noch erhöht werden könnten und ob der Antrag durch eine Verschiebung der Zuständigkeiten oder Outsourcing gestellt werde könne. Da sich der Ortschaftsrat seit 2013 mit dem Sanierungsgebiet befasse und ihn gemeinsam mit den Bürgern unterstütze, sollte eigentlich klar sein, dass der Ortschaftsrat keine Verschiebung empfehlen werde.

**OR Yesil (FW-OR-Fraktion)** erklärt, dass sich Ihr Kollege enthalten müsse, da er sich für die Verschiebung nicht begonnener Bauprojekte ausgesprochen habe.

Protokoll zu

TOP 4: Weiteres Vorgehen Sanierungsgebiete unter Berücksichtigung der Ressourcen

hier: Antrag für das Sanierungsgebiet "Stadteingang Durlach"

Blatt 3

2013 sei der Rahmenplan Stadteingang Durlach erarbeitet worden. Ziel sei es gewesen den Stadteingang städtebaulich, organisatorisch und gestalterisch zum Eingangstor der Stadt zu qualifizieren. Teil der Rahmenplanung sei ebenfalls eine Aufwertung des hochfrequentierten Bahnhofsvorbereichs, wie auch die Verbindung zwischen Bahnhof Durlach und der Innenstadt mit der angrenzenden Grünfläche. Es könne nicht sein, dass das Projekt um zwei Jahre zurückgestellt werde. Daher werde Sie die Vorlage ablehnen.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** stellt keine weitere Wortmeldung fest und bittet zur Abstimmung.

Ja-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1 Nein-Stimmen: 14

Einstimmig abgelehnt

Protokoll zu

TOP 5: Sozialdiakonisches Zentrum Bilfinger Straße – Vorstellung Konzept und Einholung Planungsauftrag

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft, TOP 5 Sozialdiakonisches Zentrum Bilfinger Straße – Vorstellung Konzept und Einholung Planungsauftrag, auf. Er begrüßt Frau Hellich und Frau Kulik von der Volkswohnung sowie Frau Kunter vom Stadtplanungsamt. Er weist darauf hin, dass es am heutigen Abend um eine Kenntnisnahme durch den Ortschaftsrat gehe. Man werde sich über den aktuellen Stand der Dinge informieren lassen. Die elementaren Dinge würden erst später im Rahmen des Bebauungsplanverfahren geklärt. Er erteilt den Referentinnen das Wort und übergibt OR Siebach interimsweise die Sitzungsleitung.

Frau Kunter (StPIA): erklärt, dass die Volkswohnung gemeinsam mit der evangelischen Kirche und dem Verein für Pflege und Betreuung Paul Gerhardt eine Neuordnung des bestehenden Areals der Luther-Melanchthon-Gemeinde im Stadtviertel Lohn-Lissen plane. Es solle ein sozialdiakonisches Zentrum entstehen, mit KITA- und Pflegeheimnutzung, einem Gemeindezentrum und Wohnnutzung. Hierfür habe die Volkswohnung 2021 einen Wettbewerb ausgelobt, dessen Ergebnis dem Gremium nun präsentiert werde. Für die Realisierung benötige man eine Änderung des Bebauungsplanes, der Gemeinbedarf festsetzt. Dies ermögliche erst eine Wohnnutzung. Im morgigen Planungsausschuss wolle man den Planungsauftrag einholen.

**Frau Kulik (Volkswohnung)** bedankt sich für die Einladung und stellt sich sowie ihre Kollegin Frau Hellich vor. Der rote Bereich auf den Folien zeige die Bestände der Volkswohnung. Durlach sei ein wichtiger Stadtteil für das Unternehmen, da dort mit circa 1.200 Wohneinheiten zehn Prozent des eigenen Bestandes lägen. Die Fläche über die man heute spreche, liege nicht im Bestand. Wichtige Ziele seien die Erhaltung bezahlbaren Wohnraums und die klimaneutrale Entwicklung der Bestände. Dies zu verwirklichen, sei im letzten halben Jahr nicht einfacher geworden. Ein weiteres Ziel sei ganzheitliche Quartiersund Bestandsentwicklung. Dabei würden die Bedarfe der Menschen vor Ort berücksichtigt. Im eigenen Bestand habe man 13.000 Wohnungen, 13.000 Bäume und 200 Gewerbeeinheiten. Von letzterem habe man 28 im Bereich Bildung und Betreuung und 26 im Bereich Pflege und Medizin. Darüber hinaus gebe es Angebote für Senioren.

Sie leitet zum Projekt über und erklärt die Lage der Fläche anhand der Präsentation. Aktuell gebe es dort eine eingeschossige Bungalowbebauung mit wenigen Wohneinheiten, das üppig dimensionierte Gemeindezentrum und die KITA. Die zu entwickelnde Fläche sei umgeben von Wohneinheiten der Volkswohnung. Da der eigene Bestand profitieren würde, habe man ein großes Interesse an einer guten Entwicklung.

Protokoll zu

TOP 5: Sozialdiakonisches Zentrum Bilfinger Straße – Vorstellung Konzept und Einholung Planungsauftrag

Blatt 2

Frau Hellich (Volkswohnung) erklärt, dass die Projektidee 2018 entstanden und von der evangelischen Kirche an die Volkswohnung herangetragen sei. Nach der Durchführung einer Machbarkeitsstudie hätten sich 20 Architekten und Landschaftsarchitekten am anschließenden Wettbewerb beteiligt. Die Wahl sei auf das Architekturbüro Puppendahl aus Münster gemeinsam mit den Landschaftsarchitekten Club L94 aus Köln gefallen. Insgesamt handele es sich um vier Grundstücke mit einer Fläche von circa 7100 m<sup>2</sup>. Die rosa dargestellten Grundstücke werde man der evangelischen Kirche abkaufen. Das grüne Grundstück befinde sich noch in Erbpacht der Stadt Karlsruhe. Außerdem gebe es ein öffentliches Grundstück, das gelb markiert sei. Neben der Volkswohnung seien die evangelische Kirche Karlsruhe, der Paul Gerhardt Verein aus Pforzheim sowie die Diakonie Teil der Projektgruppe. Die Volkswohnung sei Bauherr, Projektentwickler und Vermieter. Man werde es bewirtschaften. Als Nutzung bringe man die verschiedenen Wohneinheiten und das Servicebüro mit einer Gesamtfläche von circa 3.300 m<sup>2</sup> ein. Die evangelische Kirche werde Flächen in einer Größe von 1300 m² für Gemeinde- und Sakralräume sowie eine neue fünf-gruppige KITA anmieten. Die Diakonie werde circa 200 m² als diakonische Beratungsräume nutzen. Der Paul Gerhardt Verein werde auf einer Fläche von 3.200 m² ein Alten- und Pflegeheim mit einer Tagespflegeinrichtung betreiben. In der Summe komme man auf 8.000 m<sup>2</sup>. Ziel sei es gewesen, durch die Zusammenlegung in einem Zentrum Svnergieeffekte zu erzielen.

Anhand der Präsentation erklärt sie die Lage der einzelnen Gebäude und Einrichtungen. Außerdem gebe es einen zentralen Quartiersplatz, an dem alle Gebäude ausgerichtet seien. Unterhalb des Platzes werde sich eine Tiefgarage von Osten nach Westen erstrecken.

Nun starte man parallel mit der Bauleitplanung und der Hochbauplanung, wofür man mit einem Zeitraum von zwei Jahren rechnen werde. Bis zum angestrebten Baubeginn 2025 solle der Abriss der alten Gebäude vollendet sein.

**OR Elke Frey (B90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** bedankt sich. Sie wundere sich über die schon jetzt, zu einem sehr frühen Zeitpunkt feststehende Kooperation mit dem Paul Gerhardt Verein und der Diakonie, die evangelisch geprägt seien. Es gebe noch keine Baugenehmigung aber man wisse schon wer das Seniorenheim betreiben werde. Ferner wolle Sie wissen, was mit dem Kindergarten in der Bauphase passiere.

**Frau Hellich (Volkswohnung)** erklärt, es gebe für die KITA ein in Absprache mit der evangelischen Kirche bereits vorgerichtetes Provisorium. Die evangelische Kirche habe bereits im Vorfeld des Projektes eine interne Ausschreibung laufen lassen. Der Paul Gerhardt Verein habe dadurch den Zuschlag erhalten.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** bedankt sich. Knielingen 2.0 in Zusammenarbeit mit der AWO habe bereits die gute Expertise der Volkswohnung gezeigt.

Protokoll zu

# TOP 5: Sozialdiakonisches Zentrum Bilfinger Straße – Vorstellung Konzept und Einholung Planungsauftrag

Blatt 3

Es liege auf der Hand, dass die evangelische Kirche als aktuelle Grundstückseignerin eigene Vereine und Gliederungen berücksichtigen wolle. Angesichts der großen Entwicklungsmaßnahme und des dort knappen Parkraumes wolle er wissen, warum man die Gelegenheit nicht nutze statt der angedachten Tiefgarage mit 30 Stellplätzen eine große Quartiersgarage zu bauen.

**Frau Hellich (Volkswohnung)** führt aus, dass man nur wenig Fläche für eine große Maßnahme zur Verfügung habe. Eine Parkgarage oder ein Parkdeck würden sehr viel Fläche beanspruchen.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** konkretisiert, dass er nicht nach einem überirdischen Parkdeck frage. Er wolle wissen warum man keine Quartierstiefgarage mit beispielsweise zwei Stockwerken baue.

**Frau Hellich (Volkswohnung)** erklärt, dies sei wirtschaftlich schwer darstellbar. Das Grundwasser-Thema in Durlach erschwere es zusätzlich.

**OR Wenzel (FW-OR-Fraktion)** hält ebenfalls eine große Tiefgarage für sinnvoll. Das Thema Ellmendinger Straße habe man heute auch auf der Tagesordnung und man wisse, dass dort Parkdruck herrsche. Er wolle wissen, ob die Zufahrt sich auf den Lohn befinde.

Frau Hellich (Volkswohnung) bejaht die Frage.

**OR Frey (Die Linke)** bedankt sich und wolle wissen, ob die Planung des Geländes abgeschlossen sei oder ob es noch Spielraum gebe, weitere Mieter aufzunehmen.

**Frau Hellich (Volkswohnung)** verneint. Die Fläche sei ausgereizt und die Planungen schon zu weit vorangeschritten, um derartige Änderungen vorzunehmen.

**OR Frey (Die Linke)** fragt, ob die Planung abgeschlossen sei, oder sich noch etwas ändere.

**Frau Hellich (Volkswohnung)** erklärt, dass man sich in der Leistungsphase 2 befinde und sich sicher planerisch noch etwas ändern werde. Projektpartner und Mieter stünden aber bereits fest.

**OR Frey (Die Linke)** bedankt sich für die Vorlage und das transparente Verfahren.

**OR Yesil (FW-OR-Fraktion)** führt aus, dass Sie 2019 oder 2020 bereits zur Besichtigung in den aktuellen Gebäuden gewesen sei. Auf Nachfrage habe man Ihr erklärt, die Kita bleibe an der gleichen Stelle und werde vergrößert.

Protokoll zu

# TOP 5: Sozialdiakonisches Zentrum Bilfinger Straße – Vorstellung Konzept und Einholung Planungsauftrag

Blatt 4

Sie bitte darum, die Parksituation zu berücksichtigen, da schon jetzt auf den Lohn die Hölle los sei. Sie wohne selbst dort und könne berichten, es gebe zu wenig Platz und gleichzeitig viel Streit.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** betont, dass die Wirtschaftlichkeit das Entscheidende bei solchen Projekten sei.

**OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion)** bedankt sich. Man habe zunächst aufgrund der geringen Aussagekraft der eingestellten Vorlage Bedenken gehabt. Die aktuelle Vorlage und die Präsentation hätten dies geändert. Man freue sich auf den weiteren Prozess.

OR Köster (B90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) merkt in Richtung der Verwaltung des Ortschaftsrates an, dass der Tagesordnungspunkt seit acht Tagen vorliege. Er habe die wirklich guten Unterlagen heute um 14 Uhr bekommen. Bis 16:15 Uhr habe er gearbeitet und anschließend noch Zeit gehabt hierherzukommen. Die Vorlage sei wirklich wichtig gewesen und er möchte darum bitten, dass so etwas mindestens eine Woche vorher vorliege. Heute sei es ihm nicht mehr gelungen die Unterlagen zu öffnen.

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) antwortet, dass dies heute Morgen bereits hätte versendet werden sollen. Ein technisches Problem, dass erst um die Mittagszeit bemerkt worden sei, habe das verhindert. Hier habe es keinen bösen Willen gegeben. Die CDU-Fraktion habe dies ebenfalls moniert. Er gehe davon aus, dass durch die Ausführlichkeit des Vortrages viele Bedenken weggeräumt worden seien und man nun zur Abstimmung kommen könne. Er ruft zur Abstimmung auf.

Ja-Stimmen: 16 Enthaltungen: 0 Nein-Stimmen: 0

Einstimmig zugestimmt.

**Protokoll Seite 27** 

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2022, 17:00 Uhr
Protokoll zu

TOP 6:

Kindertageseinrichtungen in Karlsruhe in Karlsruhe-Durlach Anmietung der Räume im Erdgeschoss des Gebäudes "Raiherwiesenstraße 15-17" zum Betrieb einer viergruppigen Einrichtung

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft TOP 6, Kindertageseinrichtungen in Karlsruhe in Karlsruhe-Durlach Anmietung der Räume im Erdgeschoss des Gebäudes "Raiherwiesenstraße 15-17" zum Betrieb einer viergruppigen Einrichtung, auf. Hier gehe es um die Anmietung der ehemaligen Paraklinik für den Wegfall des Kindergartens in der Anton-Bruckner-Straße. Er stellt keine Wortmeldungen fest und ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf.

Ja-Stimmen: 15 Enthaltungen: 1 Nein-Stimmen: 0

Einstimmig zugestimmt

Protokoll zu

TOP 7: Umwidmung der Hubstraße zur Fahrradstraße (Anlieger frei) ab Waldshuter Straße in die Untere Hub

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft TOP 7, Umwidmung der Hubstraße zur Fahrradstraße (Anlieger frei) ab Waldshuter Straße in die Untere Hub, auf.

**OR Köster (B90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** fragt nach dem Zeithorizont. Er wolle wissen, in welcher Legislaturperiode man damit rechnen könne.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** antwortet, dass das Ordnungs- und Bürgeramt dazu Stellung genommen habe. Er verliest die Stellungnahme. Eine verlässliche Zeitdauer könne noch nicht genannt werden. Eine Vorberatung im Ortschaftrat sei vorgesehen. Damit sei im Frühjahr 2023 zu rechnen.

**OR Malisius (FDP-OR-Fraktion)** führt aus, dass er als leidenschaftlicher Radfahrer für Fahrradwege sei. In diesem Antrage sehe er allerdings nur reinen Aktionismus. Geändert werde, außer einem neuen Schild, nichts. Es sei dort noch nie etwas passiert. Genauso sei die Fahrradspur in der Neßlerstraße völlig unnütz. Ein Fahrradweg solle dort entstehen, wo das Autofahren verboten sei und es Probleme für Fahrradfahrer gebe. Hier sehe er allerdings keine Probleme. Die Bürger würden wegen solcher Dinge über die Politiker schimpfen.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) weist daraufhin, dass der Gehweg in der verlängerten Hubstraße zur Brücke sehr knapp sei. Fakt sei, dass die Fußgänger dort mit dem Autoverkehr Probleme hätten. Grundsätzlich gebe er OR Malisius recht. Der Antrag sei allerdings nicht darauf gerichtet, dort einen Fahrradweg zu errichten. Es gehe hier um eine Fahrradstraße. Eine Fahrradstraße könne unterschiedlich ausgestaltet werden. In diesem Falle sei sie frei für Anwohner. Wahrscheinlich gebe es daher keine allzu großen Änderungen. Er regt an, dass der Gehweg für die Fußgänger auch berücksichtigt werden solle.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** bedankt sich und kündigt an, man werde die Anregung weitergeben.

Protokoll zu

**TOP 8:** Freigabe für weitere FreeWalls

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft TOP 8, Freigabe für weitere FreeWalls, auf. Die Stellungnahme zum Antrag liege vor.

**OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion)** bedankt sich für die Antwort. Man habe bereits damit gerechnet, dass dies nicht möglich sei. Dies habe auch die Hip-Hop-Combo bestätigt. Er finde das schade und hoffe, dass die Stadt noch weitere Wände finde und freigebe.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** antwortet, dass man das so weitergeben werde.

**OR Frey (Die Linke)** merkt an, sie habe aus der Antwort nicht herausgelesen, dass es nicht möglich sei. Vielmehr werde davon abgeraten, da die benachbarten Natursteinwände nicht bemalt werden sollten. Auf dem beigefügten Foto sehe man, dass bereits ein Graffito auf einer der Natursteinwände sei. Der große Teil der Graffitis sei auf den Betonwänden, auf die sich auch der Antrag beziehe. Sie frage sich ob man Sprayer-szene für derart wild und unanständig halte, dass sie die Natursteinwände mitnutzen würde.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** gibt zu bedenken, dass es hier nicht nur um die organisierte Sprayerszene gehe. Man müsse auch damit rechnen, dass in Anführungszeichen "illegale", künstlerische Darbietungen aufgebracht würden. Die CDU sei mit der Stellungnahme einverstanden.

Protokoll zu

**TOP 9:** Erweiterung Fahrradstreifen

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft TOP 8, Erweiterung Fahrradstreifen, auf.

**OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion)** merkt an, dass er nicht verstehe, worin das Problem liege. Im Antrag sei ein roter Kreis gewesen, den es beim Konvertieren zu PDF wahrscheinlich verschoben habe. Unverständlich sei, dass die Verwaltung in der Stellungnahme den Bereich in östlicher Richtung beschreibe, da man eigentlich die Fahrtrichtung in westlicher Richtung auf der Killisfeldstraße, von der Auerstraße in Richtung der Hildebrandstraße, gemeint habe.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** antwortet, man werde das nochmal einreichen und darauf hinweisen. Vielleicht habe es hier einen Verständnisfehler gegeben.

**OR Wenzel (FW-OR-Fraktion)** fügt hinzu, dass man früher bereits darüber gesprochen habe, dass an dieser großen Kreuzung eine andere Verkehrsführung mit einem Kreisverkehr hinkommen solle. Nun werde an dieser Stelle ein großer Kanal gebaut. Er wolle wissen, ob es die Chance gebe, generell an dieses Thema herzanzukommen.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** stimmt Herrn Wenzel zu. Man habe das auch schon auf der Agenda und wolle in der nächsten Sitzung einen Antrag stellen. Diese Sache sei seit Jahren tot. Er dankt für den Hinweis, man werde ihn mitaufnehmen.

OR Köster (B90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) hat eine Verständnisfrage an den Antragssteller. Hier heiße es, dass der Fuß- und Radweg in diesem Zuge zu einem reinen Gehweg umgewandelt werden könne. Er gehe aber davon aus, dass zwischen Auerstraße und Hildebrandstraße die Führung der Radfahrer auf der Fahrbahn verlaufe. Er wolle daher wissen, ob es auf der Auerstraße wirklich ein Schild gebe, welches Radfahren auf dem Gehweg erlaube.

**OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion)** antwortet, dass das aktuell nicht der Fall sei. Er sei der Meinung, dass zum Zeitpunkt der Verfassung des Antrags an dieser Stelle ein solches Schild gehangen habe. Nun hänge dort ein Tempo-30-Schild. Er könne dies allerdings nicht beweisen.

Protokoll zu

**TOP 10:** Innensanierung Turmbergturm

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft TOP 10, Innensanierung Turmbergturm, auf.

**OR Miersch (CDU-OR-Fraktion)** führt aus, dass er die Ablehnung sehr schade finde. Man wolle FreeWalls ausdehnen, allerdings nicht im inneren des Turms. Dort seien sehr viele zu sehen. Man werde das Thema weiterverfolgen und neu formulieren.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** antwortet, dass man dann einen entsprechenden Haushaltsantrag stellen solle.

Protokoll zu

**TOP 11:** Brunnen in Durlach

Blatt 1

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** ruft **TOP 11, Brunnen in Durlach,** auf.

**OR Malisius (FDP-OR-Fraktion)** merkt an, dass Brunnen wichtig seien und zum Laufen gebracht werden müssten. Hier tue sich das Gartenbauamt schwer und verweise auf Personalmangel. Man werde an dem Thema dranbleiben. Der Nibelungenbrunnen sei nun wieder in Betrieb. Es sei außerdem wichtig, dass der Brunnen am Hengstplatz wieder in Betrieb gehe und man über die Planung neuer Brunnen informiert werde.

Protokoll zu

TOP 12: Behinderung zu Fuß Gehender in der Ellmendinger Straße

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft TOP 12, Behinderung zu Fuß Gehender in der Ellmendinger Straße, auf.

**OR Elke Frey (B90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)** merkt an, dass man gespannt sei, ob das Thema nun angegangen werde. Es wundere sie, dass von der Leußler- in die Reichenbachstraße angefangen werde und nicht auf der anderen Seite, wo die wahren Probleme lägen. Vielleicht erfahre man im Bericht des Gartenbauamtes mehr.

Protokoll zu

**TOP 13:** Reduzierung der öffentlichen Beleuchtung in der Nacht

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft TOP 13, Reduzierung der öffentlichen Beleuchtung in der Nacht, auf.

**OR-Malisius (FDP-OR-Fraktion)** fragt, warum die Stadt Karlsruhe erst einen Arbeitskreis gründen müsse, der Personalressourcen binde und nicht direkt handele. In vielen deutschen Städten sei schon längst die Beleuchtung reduziert worden. Fulda habe einen Preis als Dark City bekommen.

Protokoll zu

**TOP 14:** Mitteilungen Stadtamt Durlach

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft TOP 14, Mitteilungen Stadtamt Durlach, auf. Es gehe hier zum einen um ein Kunstwerk am Pfinzufer und zum anderen um die Ersatzflächensuche für die Skateanlage. Beide Mitteilungen lägen aus.

17:00 Uhr Protokoll zu

**TOP 15:** Mündliche Fragen

Blatt 1

Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener) ruft TOP 15, Mündliche Fragen, auf.

**OR Müller (CDU-OR-Fraktion)** kommt zurück, auf die unter TOP 14 genannte Mitteilung zur Ersatzflächensuche für die Skateanlage. Laut Mitteilung seien vier Standorte in der Prüfung. Er wolle wissen, wo sich diese vier Standorte befinden. Da der Skaterplatz an der Fiduciastraße als Ersatzfläche für den Skaterplatz des NCO-Clubs dienen solle, erschließe sich ihm der räumliche Zusammenhang nicht.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** antwortet, man werde die vier Standorte zeitnah zur Verfügung stellen.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** hat eine Nachfrage zur Tramlinie 5. Diese sei in den 20-Minuten-Takt versetzt worden. In der Innenstadt möge das aufgrund der dort verlaufenden Tramlinie 4 nicht weiter auffallen. Als Begründung sei Personalmangel angeführt worden. Die Linien 5 und 8 seien mal wieder von den Sparplänen der Verkehrsbetriebe betroffen. Er wolle wissen, ob es noch studentische Aushilfsfahrer gebe, die man einsetzen könne und warum es so schwierig sei, das Personal zu verstärken. Außerdem interessiere es Ihn, warum wieder zwei in Durlach verlaufende Linien betroffen seien. Andere Stadtteile seien nicht betroffen.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** antwortet, man werde das weitergeben.

OR Elke Frey (B90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) stellt eine Frage zu den in der Ellmendinger Straße auf Höhe des Getränkemarktes abgestellten Fahrzeuge. Vermutlich stünden diese auf Privatgrund. Dort verrotteten acht bis neun PKW. Es sehe so aus, als seien bereits Flüssigkeiten aller Art ausgetreten und im Boden versickert. Die Scheiben der Wägen seien teilweise zerbrochen. Sie habe schon vor zwei Monaten im Gremium nachgefragt und wolle nun erneut wissen, warum diese Fahrzeuge dort stehen würden.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** antwortet, man werde erneut nachfragen.

**OR Malisius (FDP-OR-Fraktion)** führt aus, man habe die Erneuerung des Spielplatzes am Pfinztor beantragt. Seitens der Stadt wurde daraufhin ein Ortstermin angekündigt. Ein Fahrradständer und ein Mülleimer sollten nun plötzlich entfernt werden, obwohl sie jahrelang niemanden gestört hätten.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** bittet OR Malisius sein Mikrofon einzuschalten.

**TOP 15:** Mündliche Fragen

Blatt 2

**OR Malisius (FDP-OR-Fraktion)** bittet um einen Ortstermin mit Beteiligung der Anwohner.

**Der Vorsitzende (2. Stellv. Ortsvorsteher Michael Griener)** antwortet, man werde sich darum kümmern. Er stellt keine weitere Wortmeldung fest, bedankt sich, wünscht allen einen schönen Abend und beendet die Sitzung um 19:46 Uhr.

Die Vorsitzende:	Die Urkundsbeamten:
Michael Griener  2. Stellv. Ortsvorsteher	OR Siebach (SPD-OR-Fraktion)
	Der Protokollführer:
OR Wenzel (FW-OR-Fraktion)	Carlo Wurm (StaDu)